

# Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 1979: DER VERWEIGERTE DIALOG

Die demokratische Staatsform lebt in einem wesentlichen Ausmass davon, dass die Auswahl des politischen Führungspersonals richtig spielt. Damit aber ist die Frage nach dem optimalen Wahlsystem gestellt. In unserem Lande haben wir seit Ende des Ersten Weltkriegs das Proporzsystem, mit dem damals zugleich die vorherige absolute Mehrheit der Freisinnigen gebrochen wurde. Seither hat sich die Haupteigenschaft dieses Systems, die Repräsentation selbst kleiner politischer Minderheiten in den Parlamenten, voll – viele meinen sogar übervoll – ausgebildet.

Unser parlamentarisches System ist dadurch gekennzeichnet, dass von Fall zu Fall quer durch die vielen Parteien hindurch nach einer tragfähigen Mehrheit gesucht werden muss. Wer diesen Prozess positiv wertet, spricht von politischer Massarbeit, bei der ein Höchstmass an Einzelaspekten integriert und damit ein breiter Konsens sichergestellt wird. Dass dieser Konsens der parlamentarischen Repräsentation dann nur zu oft von den Repräsentierten selbst schnöde zurückgewiesen wird, gehört bekanntlich zu den einkalkulierten Risiken der Referendumsdemokratie. Doch ruft der Sachverhalt genau genommen auch der Anschlussfrage, ob sich darin nicht allenfalls der Ansatz einer «Repräsentationskrise» niederschlägt. Diese Frage taucht zum Beispiel regelmässig nach Abstimmungen auf, in denen der Souverän Parlament

und Bundesrat «desavouiert» hat, wie jeweils formuliert wird, wenn das Volk von seinem Recht auf eine eigene Meinung Gebrauch macht.

Auf dem Hintergrund aktiver Wahlkampfverfahren bei der Erneuerung der eidgenössischen Räte ist man geneigt, das Wort von der «Repräsentationskrise» nicht einfach unter den Tisch zu wischen – jedenfalls dann nicht, wenn sich diese praktische Erfahrung auf einen bevölkerungsreichen Kanton mit weit über tausend Kandidaten bezieht. Dann steht man nämlich schlagartig und unausweichlich vor der ernüchternden Tatsache, dass viele Jahre aktiver Politik, im Rahmen einer grossen Partei wie im Schosse des kantonalen Parlaments und seiner wichtigsten Kommissionen, in der sogenannten breiteren Öffentlichkeit kaum Spuren hinterlassen haben.

Die parteipolitisch nicht organisierten Bürger – und das sind mehr als vier Fünftel – haben offensichtlich mit einem eigentlichen «Identifizierungsnotstand» zu kämpfen. Schon die vielen, teilweise ähnlichen Parteiprogramme irritieren sie. Dazu kommen dann all die «profilieren», «entscheidungsfreudigen», «politisch erfahrenen» Kandidaten, die plötzlich die Inseratenseiten zieren und in vielfältigster Form den Briefkasten bereichern. Kandidaten übrigens, deren «Notstand» nicht weniger gravierend erscheint – der Notstand nämlich, sich werbemässig «vermarkten» lassen

zu müssen, um im Wahlgetümmel nicht völlig vergessen zu werden. Das «direkte Gespräch» mit dem Bürger, das sich vorab an «Frühstücksveranstaltungen» oder bei Strassenaktionen mehr oder weniger spontan entfaltet, ist nicht dazu angetan, die beidseitigen Gefühle der Ratlosigkeit zu beseitigen: Es bleibt meist im Unverbindlichen, Zufälligen hängen.

Das alles ist nicht neu, wenn auch vielleicht 1979 noch etwas akzentuierter als 10 oder 20 Jahre zuvor. Der Sachverhalt ändert übrigens auch nichts daran, dass unser Volk in seiner grossen Mehrheit am Proporzsystem festhalten will. Nach wie vor wird offenbar sein Vorteil der besseren Pflege der Minderheiten weit stärker gewichtet als der unbestrittene Tatbestand wachsender Anonymisierung der politischen Kader. Andererseits kann man sich als Angehöriger dieser Kader des Gefühls wachsender Ohnmacht immer weniger erwehren. Die «Bereitschaft zum Dialog» war

gerade in diesem Herbst von seiten der Parteien und Kandidaten in besonderem Masse vorhanden und auch entsprechend organisatorisch vorbereitet. Doch der Dialog kam kaum zustande. Diese «Verweigerung des Gesprächs» ist anscheinend ein Sachverhalt, mit dem wir irgendwie leben müssen. Sie eröffnet aber bedenkliche Perspektiven für eine politische Zukunft, die mit schweren, der Lösung harrenden Problemen belastet ist. Sie wäre es wert, ihrerseits mit Nachdruck zum Thema des öffentlichen Dialogs gemacht zu werden. Denn irgendwann könnte aus dem verweigeren Dialog mehr werden als blosser politische Passivität. Eine Staatsform, die zu Recht als Staatsform des Dialogs bezeichnet worden ist, kann auf die Dauer nicht ohne Dialog zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden auskommen, ohne ihre eigentliche Substanz zu verlieren.

*Richard Reich*

## KAPITALISTISCHES KORN IM SOWJETISCHEN BROT

Kürzlich hat – wieder einmal – in der westlichen Presse die Meldung die Runde gemacht, die Sowjetunion habe grosse Getreidemengen in den USA eingekauft. Das Faktum an sich kann nicht mehr überraschen. Die Sowjetunion ist seit Jahren zum *grössten Getreideimporteur* der Welt geworden. Sie vermag gravierende Engpässe in der Versorgung nur mit massiven Rückgriffen auf westliche Getreidemärkte zu vermeiden. Die überlegene sozialistische Wirtschaftsordnung ist zumindest im Agrarbereich für jeder-

mann sichtbar noch nicht zum Tragen gekommen.

Für die Sowjetunion spielen, rein wirtschaftlich betrachtet, grosse Getreideeinfuhren keine Rolle. Sie ist in der Lage, solche Transaktionen mit dem Einsatz ihres Goldbestandes (von unbekannter, aber beträchtlicher Höhe) zu finanzieren. Im Gegensatz zu andern sozialistischen Ländern verfügt die Sowjetunion über ein komfortables Polster an Reserven in harten Währungen. Sie hat deshalb einen respektablen Spielraum im

Aussenhandel, der allerdings, wie es einer Planwirtschaft geziemt, sehr gezielt genutzt wird. Wirtschaftliche Probleme entstehen offenbar auch auf westlicher Seite nicht. Die Märkte der freien Welt vermögen die östliche Nachfrage zu schlucken.

Eine ganz andere Frage drängt sich aber dann in den Vordergrund, wenn, was eigentlich getan werden sollte, solche Geschäfte auch unter *politischen Prioritäten* beurteilt werden. Es gab einst eine Zeit, in der Osthandelsgeschäfte auch unter politischen Kriterien evaluiert wurden. Wer sich heute getraut, auch nur an diese Zeiten zu erinnern, tut dies allerdings auf die Gefahr hin, zu den ewig Gestrigen des Kalten Krieges gezählt zu werden. Im Rahmen der Entspannungspolitik haben solch verwegene Gedanken keinen Platz mehr. Die Politik folgt subtileren als rein machtpolitischen Überlegungen. Ist dies tatsächlich der Fall?

Eine Überdenkung der Lage kann sehr wohl zu andern Überlegungen

führen. Die Ergebnisse der Entspannungspolitik sind bisher eher dürftig, in jedem Falle wenig überzeugend geblieben. Sie haben bei Lichte betrachtet keinen substantiellen Abbau der Spannungen, wohl aber eine Erosion der westlichen Positionen gebracht. Getreide ist ein wesentlich wirkungsvollerer Träger von politischen Potenzen als etwa das Erdöl. Weshalb denn vornehm auf eine Möglichkeit verzichten, neben harten Devisen auch noch *politische Dividenden* einzuheimsen? Die «grosszügige» Haltung des Westens, auch einen «grain deal» mit der Sowjetunion allein in die Kategorie des «business as usual» abzuschieben, mag den Westen ehren. Realpolitisch ist er wenig überzeugend. Und bei Gelegenheit auf eine adäquate Gegenleistung zu hoffen, grenzt im harten politischen Geschäft zwischen Ost und West schon fast an Naivität.

Willy Linder

# Ovomaltine

um mehr zu leisten

Um im Alltag und Sport fit zu bleiben, ist eine ausgewogene Ernährung besonders wichtig. Ovomaltine ist die ideale Mischung von all dem, was stärkt und verbrauchte Energie ersetzt. Darum ist Ovomaltine gut und gibt das Beste zu einem guten Tag.



WANDER